

DER GRÜNE PARLAMENTS-KURIER

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DAS SAARLAND

www.gruene-fraktion-saar.de • Ausgabe 4 - 2015



GRÜN WIRKT

Wir engagieren uns für Sie!

Im Jahr 2014 haben wir als damals noch kleinste Fraktion im Landtag die meisten Themen auf die Tagesordnungen der Ausschüsse gesetzt. Mit 133 Anträgen stammte jeder dritte von uns. Seit Beginn 2015 haben wir mehr als 40 Anträge beziehungsweise Gesetzentwürfe in die Plenarsitzungen des Landtags eingebracht und 50 parlamentarische Anfragen an die Landesregierung gerichtet. Eine übersichtliche Auflistung der Themen, die wir bislang gesetzt haben, finden Sie auf unserer Homepage:

<http://gruenlink.de/11xm>

Auswertung der Anträge in Ausschüssen:

<http://gruenlink.de/11z3>

> NEWSTICKER <

UMWELTMINISTER JOST IGNORIERT GEFAHREN DURCH GLYPHOSAT



So wenig Umweltschutz wie möglich, so viel wie nötig: Das scheint das Motto von Umweltminister Jost zu sein. Obwohl zahlreiche Studien auf die Krebsgefahr durch das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat hinweisen, hält er es nicht für nötig, ein Ausbringungsverbot im Saarland zu verhängen. Ein solches Verbot hatten wir im November-Plenum beantragt. Es wurde mit Stimmenmehrheit von CDU und SPD abgelehnt. Statt sich für den Schutz der Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung einzusetzen, macht sich dieser Minister zum Fürsprecher der Pestizid-Lobby. Damit hat er sogar einen Parteitagbeschluss der Saar-SPD torpediert, die sich noch im Oktober für ein Glyphosat-Verbot ausgesprochen hatte.

SCHWIMMUNTERRICHT AN SCHULEN SICHERSTELLEN!



Die Schulen im Saarland haben den Auftrag, den Kindern bis Ende der Grundschulzeit Schwimmen beizubringen. Entsprechend ist der Schwimmunterricht im Lehrplan auch verankert. Doch an etwa 16 Prozent der Grundschulen findet er nicht regelmäßig statt. Das hat eine Anfrage unserer Fraktion ergeben. Der Grund dafür ist unter anderem, dass sich kein Schwimmbad in der Nähe der Schule befindet. Vor dem Hintergrund der Diskussion um mögliche Bäderschließungen fürchten wir, dass der Schwimmunterricht künftig noch häufiger ausfallen könnte. Schon heute sind laut DLRG 45 Prozent der Kinder nach der Grundschule noch keine sicheren Schwimmer. Dieser Trend darf sich nicht durch eine Verkleinerung der Bäderlandschaft fortsetzen.



Montage: Fotolia.com/Kneschke, wikipedia

TOSCANIS TASCHENSPIELER- TRICKS

Mit ihrem Doppelhaushalt setzt die saarländische Landesregierung erneut die völlig falschen Akzente und spart zulasten zukünftiger Generationen.

Das Saarland hat mit Doppelhaushalten keinerlei Erfahrung. Das hat die Landesregierung jedoch nicht davon abgehalten, dieses Neuland zu betreten. Doch weshalb entschließt sie sich dazu in Zeiten, in denen eine langfristige Finanzplanung aufgrund der Flüchtlingssituation fast unmöglich ist? Die Antwort: Die Landesregierung versucht, eine erneute Finanzdebatte im Vorfeld der Landtagswahl 2017 zu vermeiden. Diese könnte sie in ein schlechtes Licht rücken. Denn Tatsache ist, dass ihr die Schuldenbremse mehr und mehr den Hals zuschnürt.

Das spiegelt sich in der Finanzplanung für 2016 und 2017 wider. Wie knapp Finanzminister Toscani kalkuliert, zeigt sich an folgendem Beispiel: Laut Stabilitätsrat, der die Haushaltsführung der Länder überwacht, darf das Saarland 2017 maximal 182 Millionen Euro an neuen Krediten aufnehmen. Die Landesregierung bleibt mit 175,4 nur sechs Millionen darunter. Sollte das Zinsniveau nur gering steigen oder sollten die Steuereinnahmen sinken, wird diese Planung in sich zusammenfallen.

Um die Vorgaben des Stabilitätsrats überhaupt einhalten zu können, muss sich die Landesregierung

inzwischen sogar Taschenspielertricks bedienen. So plündert sie ab dem Jahr 2017 die Versorgungsrücklagen für Beamtenpensionen, um Haushaltslöcher zu stopfen. Sie hält zudem weiterhin an ihrem verfehlten Sparkurs im Hochschulbereich fest und setzt damit die Zukunft unseres Nachwuchses und letztlich die Zukunft des Landes aufs Spiel. Sie zweckentfremdet wichtige Gelder für den Öffentlichen Personennahverkehr und den sozialen Wohnungsbau und nutzt sie für Projekte wie den Skandalbau IV. Pavillon. Wir tragen diesen fehlgeleiteten Sparkurs nicht mit.

Wir fordern:

- **In Hochschulen investieren!**
10 Mio. Euro jährlich mehr für Saar-Uni, 2 Mio. mehr für HTW
- **Lehrpersonal an Schulen aufstocken!**
(Mehr dazu auf Seite 3)
- **Zusätzliche Mittel zur Betreuung und Integration von Asylsuchenden!**
- **Stellenabbau im Polizei- und Justizbereich stoppen!**
- **ÖPNV und Elektromobilität stärken!**
- **Effektiv sparen:**
Zahl der Landkreise halbieren!

KLIMASCHUTZ

JETZT!



Fotolia.com/Smileus

Wie können wir die Folgen des Klimawandels eindämmen? Diese Frage haben wir zusammen mit Experten und Gästen im Rahmen zweier Veranstaltungen diskutiert. Damit der Klimaschutz im Saarland endlich konkret wird, haben wir im Plenum des Landtags außerdem einen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz vorgelegt.

Über Jahrtausende war es ein natürlicher Vorgang: Gletscher verloren im Sommer an Masse und legten diese im Winter wieder zu. Heute zeichnet sich ein völlig anderes Bild, das als Spiegelbild des globalen Klimawandels gesehen werden muss. Die Kolosse schrumpfen dramatisch. Alleine der Columbia-Gletscher in Alaska hat sich in drei Jahren um vier Kilometer zurückgezogen. Dieses „Massensterben“ hat der Fotograf James Balog über Jahre hinweg in Zeitrafferaufnahmen festgehalten. Seine Arbeit dokumentiert der Film „Chasing Ice“, der den Zuschauern sichtbare Beweise für die Auswirkungen der globalen Erwärmung liefert.

Die Vorführung des preisgekrönten Films war Auftakt der Klimatour der Grünen Bundestagsfraktion am 7. Oktober in Saarbrücken. Zusammen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion Oliver Krischer, dem wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Zukunfts-Energie-Systeme Prof. Uwe Leprich und unserem Fraktionsvorsitzenden Hubert Ulrich diskutierten die Besucher im Filmhaus im Anschluss über die Frage: Was können und müssen wir tun, damit die Energiewende gelingt?

Gäste und Experten waren sich einig, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien ein wichtiger Baustein ist. Dem für den Klimawandel verantwortlichen Treibhauseffekt begegnen können wir jedoch nur, wenn wir den Kohlenstoffdioxid-Ausstoß gleichzeitig deutlich verringern. Und dies wird nur über einen schnellen Ausstieg aus der Kohleenergie möglich sein.

Ein weiterer Baustein ist der Verkehrssektor. Bis Anfang 2014 gab es in Deutschland erst 14.000 Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen.

Ursprünglich wollte man bis zum Jahr 2020 eine Million erreichen. Uwe Leprich mahnt hier deutlich mehr Investitionsbereitschaft an. Denn der Ausbau der Elektromobilität kann einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz leisten. So trägt alleine der Verkehrssektor derzeit zu 16 Prozent am weltweiten Treibhausgasausstoß bei.

KLIMASCHUTZGESETZ FÜR DAS SAARLAND

Um die Folgen des Klimawandels einzudämmen, brauchen wir konkrete Klimaschutzziele, auch im Saarland. Hier dominiert der schmutzige Kohlestrom, der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß liegt doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Aus diesem Grund haben wir im November ein Klimaschutzgesetz ins Plenum eingebracht. Die Zielsetzung: Der Kohlenstoffdioxid-Ausstoß im Saarland soll bis zum Jahr 2050 um 80 Prozent gegenüber 2005 gemindert werden. Dazu müssen die Erneuerbaren Energien und die Elektromobilität konsequent ausgebaut werden. Die veralteten Kohlemeiler müssen vom Netz.

Doch einmal mehr hat die Landesregierung zukunftsvergessen gehandelt und unseren Gesetzentwurf abgeschmettert. Sie stiehlt sich damit nicht nur aus ihrer Verantwortung für den Klimaschutz hier und heute, sondern auch aus ihrer Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen. Fest steht: Mit einem „Weiter so wie bisher“ werden wir auf eine Klimakatastrophe ungeahnten Ausmaßes zusteuern. Davon darf die Landesregierung nicht länger die Augen verschließen.



ENERGIEWENDE IN DER PRAXIS

Wie kann der einzelne Bürger zur Energiewende beitragen? Um dieses spannende Thema zu diskutieren, hat unsere Fraktion am 18. November zu einem Energiesymposium in den Landtag eingeladen. Als Experten hatten wir Prof. Uwe Leprich und außerdem Ralph Schmidt, Vertreter der Landeskampagne „Energieberatung Saar“, Hans-Georg Tesch, Geschäftsführer von „enerGenion“, und Dr. Michael Weiskopf, Vorsitzender von Haus & Grund Saarland, zu Gast.

Im Mittelpunkt stand das Thema energetische Gebäudesanierung. Mit effizienter Dämmung und anderen baulichen Maßnahmen können Bürgerinnen und Bürger bis zu 75 Prozent der Energiekosten an ihrem Eigenheim einsparen. Dies kommt letztlich der Umwelt zugute, da die Menge der Heizungsabgase deutlich reduziert wird. Im Rahmen der Veranstaltung haben die Experten die verschiedenen Sanierungsmöglichkeiten vorgestellt und ihre jeweiligen Vor- und Nachteile beleuchtet.



Link zu unserem Klimaschutzgesetz:

<http://gruenlink.de/11we>

FLÜCHTLINGSKINDER IN SCHULEN: KLEINERE KLASSEN, MEHR LEHRPERSONAL!

4500 Kinder aus Flüchtlingsfamilien werden bis Ende des ersten Schulhalbjahrs 2015/2016 im Saarland voraussichtlich eingeschult. Und selbst, wenn man sie aus der Rechnung ausnimmt, gehen die Schülerzahlen längst nicht so deutlich zurück, wie es die Landesregierung prognostiziert hat. Zudem sind die Lehrerinnen und Lehrer mit immer mehr Betreuungsaufgaben konfrontiert, müssen etwa die Inklusion umsetzen. Fazit: Wir brauchen mehr Lehrpersonal, um auch künftig alle Schüler angemessen betreuen zu können.

Die von der Landesregierung geplante Aufstockung um 130 Lehrstellen bis zum Ende des Halbjahres ist allerdings nicht genug. Denn damit kann lediglich die sogenannte Lehrerfeuerwehr wieder aufgebaut werden. Diese wurde zwischenzeitlich vollständig eingesetzt, um neue Klassen zu bilden. Eigentlich ist die Lehrerreserve dafür da, um Unterrichtsausfall in Krankheitsfällen zu vermeiden. Die Landesregierung stellt nun lediglich den alten Personalstand wieder her.

Damit wird sie weder den generell gestiegenen Anforderungen an das Lehrpersonal noch den Herausforderungen durch die Flüchtlingssituation gerecht. Gerade Flüchtlingskinder, die unsere Sprache nicht beherrschen, müssen in besonderem Maße betreut und gefördert werden. Dies kann nur in kleinen Lerngruppen gelingen. Die Landesregierung ist daher gefordert, entsprechend mehr Klassen einzurichten und dafür auch mehr Personal einzustellen. Wir fordern für das Jahr 2016, insgesamt 230 weitere unbefristete Stellen für Lehrkräfte zu schaffen.

Doch mit einer Stellenaufstockung im Lehrerbereich alleine ist es nicht getan. Zahlreiche Flüchtlingskinder sind traumatisiert und auf psychologische Betreuung angewiesen. Die Landesregierung muss daher die Schulsozialarbeit zumindest an den Gemeinschaftsschulen und Grundschulen ausbauen. Dort werden die meisten Flüchtlingskinder eingeschult.



Link zu unserem Antrag:
<http://gruenlink.de/11wd>



Fotolia.com/LuckyDragon

ZUWANDERER ALS CHANCE BEGREIFEN!

Flüchtlinge können unsere Gesellschaft bereichern – Integration darf nicht an der Kostenfrage scheitern – Bund muss Länder deutlich mehr unterstützen

Die aktuelle Flüchtlingssituation stellt die europäische Staatengemeinschaft vor ihre größte Herausforderung in diesem noch jungen Jahrhundert. Alleine die Bundesrepublik erwartet bis Jahresende mehr als eine Million Menschen, die in der Hoffnung auf einen Neubeginn in unser Land fliehen. Mehr als 100 erreichen täglich das Saarland.

Aber wie soll es für sie weitergehen? Fest steht: Wir dürfen Zuwanderer nicht als Problem, sondern müssen sie als Chance begreifen. Als Chance, unsere Gesellschaft zu bereichern. Als Chance, dem demografischen Wandel und dem Fachkräftemangel zu begegnen. Die Saar-Unternehmen schätzen, dass sie 2030 auf 45.000 Zuwanderer angewiesen sein werden. Unser humanitärer Auftrag darf daher nicht alleine darin bestehen, Flüchtlinge in eigenen Wohnungen unterzubringen. Dies ist zwar ein wichtiger Schritt, der auch keinesfalls an der Blockadehaltung einiger Kommunen scheitern darf.

Doch die wirklich große Aufgabe, nämlich die Integration dieser Menschen, stehen dem Land und den Kommunen noch bevor. Flüchtlinge brauchen Betreuung durch Integrationshelfer, müssen bei Behördengängen unterstützt werden. Sie müssen in Kursen die Möglichkeit erhalten, unsere Sprache zu erlernen. Wir brauchen auch Programme und gesetzliche Regelungen, um diesen Menschen einen geregelten

Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Über diesen Maßnahmen schwebt wie ein Damoklesschwert die Kostenfrage. Die Länder und Kommunen können die wichtigen Integrationsmaßnahmen nicht alleine stemmen. Dies gilt besonders für Haushaltsnotlageländer wie das Saarland. Der Asylkompromiss, wonach der Bund die Länder finanziell unterstützt, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Saarland wird hierbei in den Jahren 2015 und 2016 von insgesamt 55 Millionen Euro profitieren, ein Teil davon kommt den Kommunen zugute.

Diese Gelder werden allerdings nicht ausreichen. Denn die Pro-Kopf-Pauschale für Flüchtlinge, die der Bund ab 2016 auszahlt, gilt lediglich für die Dauer des Asylverfahrens. Die langfristigen Folgekosten, die letztlich den Städten und Gemeinden für die Integration, Unterkunft und Betreuung der Zuwanderer entstehen, werden damit nicht annähernd gedeckt. Wir sehen daher den Bund, wo die Steuereinnahmen geradezu sprudeln, in der Pflicht, bei der Höhe der Mittel deutlich nachzujustieren.

In den Beratungen zum Doppelhaushalt hat unsere Fraktion zudem an den entsprechenden Stellen Änderungsvorschläge eingebracht, um die Mittel für die Flüchtlingsunterbringung und -integration deutlich zu erhöhen.

WER MUSS BERGSCHÄDEN BEWEISEN?

Ein möglicher Grubenwasseranstieg birgt zahlreiche Gefahren, darunter auch Hebungen und Erdrisse. Bis zu 600.000 Saarländerinnen und Saarländer könnten von dadurch entstehenden Schäden an ihren Grundstücken und Häusern betroffen sein. Doch bei wem die Beweislast in solchen Fällen liegt, ist alles andere als eindeutig.

Welche verheerenden Folgen die Flutung von Grubenschächten haben kann, mussten Bewohner des Erkelenzer Reviers in Nordrhein-Westfalen erfahren. Nach der Stilllegung eines Steinkohlebergwerks im Jahr 1997 hatte man dort das Grubenwasser ansteigen lassen. Dadurch kam es zu Geländehebungen, die so stark waren, dass Häuser wegen Totalschäden abgerissen werden mussten. Die daraufhin eingegangenen Bergschadensmeldungen hat der Bergbautreibende, die RAG AG, nahezu alle nicht anerkannt. Der Grund: Die gesetzliche Regelung, wonach der Bergbautreibende beweisen muss, dass er nicht für Schäden verantwortlich ist, hat nicht gegriffen.

Bezeichnet wird diese Regelung als Bergschadensvermutung. Sie gilt, wenn Schäden im Einwirkungsbereich des Bergbaus unter Tage entstehen. Diese können auf Senkungen, Pressungen, Zerrungen der Oberfläche oder Erdrisse zurückzuführen sein. Im Erkelenzer


Revier sind die Schäden jedoch durch den Grubenwasseranstieg aufgetreten, nachdem der Bergbau eingestellt wurde. Die RAG argumentierte mit fehlenden Abbaueinwirkungen und sah sich nicht in der Beweislast.

Die Leidtragenden sind die Bürgerinnen und Bürger. Ihnen ist es nahezu unmöglich, nachzuweisen, dass Schäden an ihren Häusern tatsächlich durch den Bergbau oder seine Folgen entstanden sind. Ein ähnliches Szenario könnten uns im Saarland bevorstehen, falls die RAG ihre Pläne zur Flutung der Grubenschächte umsetzen sollte. Von dadurch auftretenden Schäden könnten bis zu 600.000 Saarländerinnen und Saarländer betroffen sein. Wir dürfen ihnen nicht zumuten, dafür die Beweislast zu tragen. Daher fordern wir eine Ausweitung der Bergschadensvermutung im Bundesberggesetz.

Der entsprechende Plenarantrag, den wir hierzu gestellt haben, wurde von allen

Landtagsfraktionen einstimmig zur weiteren Beratung in den zuständigen Ausschuss überwiesen. Die dort angehörten Experten haben uns in unserer Auffassung bestätigt, dass in Bezug auf die Bergschadensvermutung eine große Rechtsunsicherheit herrscht. Diese wird auch nicht durch eine zurzeit laufende Reform des entsprechenden Paragraphen im Bundesberggesetz beseitigt.

Daher fordern wir im nächsten Schritt von der Landesregierung, mit einer Bundesratsinitiative auf dieses Gesetzgebungsverfahren einzuwirken. Sie muss im Sinne der Saarländerinnen und Saarländer sicherstellen, dass eine Regelung gefunden wird, damit die Bergschadensvermutung künftig auch bei Schäden infolge eines Grubenwasseranstiegs greift.

 **Link zu unserem Antrag:**
<http://gruenlink.de/11wb>

*Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest
und bedanken uns für das entgegengebrachte Vertrauen.
Viel Glück und Erfolg im neuen Jahr.*

Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen



Hubert Ulrich
Fraktionsvorsitzender



Klaus Kessler
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Michael Neyses
Parl. Geschäftsführer

INFORMATIONEN GEFÄLLIG?

Sie hätten gerne Informationen zur Arbeit im Landtag? Melden Sie sich einfach unter: 0681/5002-508 oder fraktion@gruene-saar.de

Pressesprecher, Redaktion: Björn Heib,
Tel.: 0681/5002-538, Fax: 0681/5002-511
b.heib@landtag-saar.de

 **SCHENK UNS
DEINEN DAUMEN!**

www.fb.com/GrueneFraktionSaar



Impressum: Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Landtag des Saarlandes,
Franz-Josef-Röder Str. 7, 66119 Saarbrücken,
Tel.: 0681/5002-508, Fax: 0681/5002-511
E-Mail: fraktion@gruene-saar.de
Fotos: Wikipedia, Fotolia, Freeimages, Grüne